



Die Regierungskandidaten Jacqueline Fehr (SP), Walter Angst (AL), Martin Neukom (Grüne) und Rosmarie Quadranti (BDP) diskutierten im katholischen Pfarreizentrum St. Agatha in Dietikon unter der Leitung von David Egger (Mitte), Chefredaktor der Limmattaler Zeitung.

CLAUDIO THOMA

Erbauen, und nicht bloss überbauen

Dietikon Regierungskandidaten der AL, Grünen, SP und BDP diskutierten über Klima, Wohnungsnot und Stimmrecht

VON OLIVER GRAF

Auf die Klima-Demos der Jugendlichen angesprochen, herrschte auf dem Podium unter den Regierungskandidaten von AL, Grünen, SP und BDP Einigkeit: Nach dem Hitzesommer seien die Leute ins Grübeln gekommen, meinte Kantonsrat Martin Neukom (Grüne). Seit Jahrzehnten wisse man um die Klimaerwärmung, ohne dass nennenswerte Massnahmen getroffen worden wären. «Jetzt kommt etwas in Bewegung», glaubt der 32-Jährige.

Auch Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP) findet, dass es wichtig sei, «dass die Jungen auf die Strasse gehen und damit die Politik unter Druck setzen». Denn wie in Bern das CO₂-Gesetz ausgearbeitet worden sei, das sei eine Katastrophe. «Die Ignoranz diesem Thema gegenüber ist immer noch gross», sagte die 61-Jährige.

Dass es nicht vorwärtsgeht, daran ist gemäss Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) die Politik schuld. Die Verwaltung arbeite gut und lege etwa detaillierte Umweltberichte vor - doch bei der Umsetzung habe es es dann. Das Problem ist für die 55-jährige Justizdirektorin auch ein grundlegendes, ein systemisches: Eigentlich wäre ökologisches Verhalten für das Gesamtsystem doch am günstigsten, sagte sie. So wären die Folgekosten tiefer, die Tiere gesünder. «Warum zahlen wir dann für biologische produzierte Produkte mehr?»

Auf eine grundlegende Änderung statt bloss «einen technokratischen Diskurs» hofft auch AL-Kandidat Walter Angst. An den Klima-Demos werde nicht gefordert,

dass einfach eine Energie durch eine andere ersetzt werde. Es gehe um einen Systemwechsel: «Diese Demos haben das Potenzial, die Gesellschaft durchzuschütteln», meinte der 57-Jährige, der im Stadtzürcher Gemeinderat politisiert.

Nicht nur überbauen

Die vier Regierungskandidaten sprachen sich am Freitagabend vor den 30 Zuhörern auch grundsätzlich für eine weitere Verdichtung in den urbanen Gebieten des Kantons aus. Sie brachten angesichts steigender Mietpreise und gesichtsloser Überbauungen aber auch Vorbehalte an. Es werde viel Beton eingebracht und von den Eigentümern der grosse Reibach gemacht, kritisierte Angst. «Aber es entstehen keine eigenen Zentren in den Agglomerationen.» Es gebe nur Wohnungen, und durch die zusätzlichen Einwohner wiederum mehr Verkehr nach Zürich.

Mit dem Bau der Limmattalbahn werde es attraktiv, die bestehenden Liegenschaften auszubauen, sagte Fehr. Dies dürfe aber nicht einzeln erfolgen, sondern müsse auf einem Gesamtplan beruhen. Es soll nicht einfach nur überbaut werden, es müsse eine Stadt erbaut werden. Es brauche etwa soziale Bezüge, sodass man Menschen begegne. So könne auch «in verdichteten Gebieten ein Zuhause, eine Heimat geschaffen» werden.

Es sei unbestritten, dass gerade Familien in den urbanen Gebieten Wohnungen finden müssten, merkte Quadranti an. Ein Allheilmittel habe sie aber nicht: In den Städten gebe es unbezahlbare Wohn-

«Es wird überall einfach Beton eingebracht und der grosse Reibach gemacht.»

Walter Angst (AL)

«Es ist bis in den Mittelstand hinein schwierig geworden, eine Wohnung zu finden.»

Martin Neukom (Grüne)

«In den Städten gibt es unbezahlbare Wohnungen, ausserhalb gibt es mehr leere Wohnungen.»

Rosmarie Quadranti (BDP)

«Wird einfach nur überbaut statt bebaut, fehlt es an Lebensqualität.»

Jacqueline Fehr (SP)

gen, ausserhalb steige der Leerwohnungsbestand. «Man muss die Raumplanung grösser denken.» Mit einer besseren Planung, etwa einer Verteilung der Arbeitsplätze, liesse sich der Druck auf die Mietpreise verringern, sagte Neukom. Für ihn ist die Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau - wie für die anderen Podiumsteilnehmer - wichtig. Bislang erfolge dieser vor allem für einkommensschwache Personen. «Doch heute hat eine breite Schicht bis in den Mittelstand hinein Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden.»

Plädoyer für Ausländerstimmrecht

Gerade in Gebieten, die wie das Limmattal einen Bauboom erleben, sei die Stimmbeteiligung tief, merkte ein Zuhörer an der von der AL organisierten Veranstaltung an. Dies sei eine Gefahr für die Demokratie, wie liesse sich dies ändern? Für Quadranti wäre ein Ausländerstimmrecht eine Lösung, auch wenn dieses derzeit nicht mehrheitsfähig sei. Als Schulpräsidentin habe sie aber erlebt, wie etwa in Elternräten gearbeitet worden sei. «Da hatten nicht alle den roten Pass, aber es hat g'gägg, es war kreativ», meinte die BDP-Politikerin. Und Jacqueline Fehr ergänzte, dass «wir Demokratie auch lehren und üben» müssten. Für einen 18-Jährigen, der aus einem Haus komme, in dem weder gewählt noch abgestimmt werde, sei es schwierig, sich den Überblick zu verschaffen.

Auch wenn sie nicht im Limmattal wohnen, die vier Kandidatinnen und Kandidaten haben einen persönlichen Bezug zur Region: Über das Mietgericht habe er er-

fahren, wie der Bezirk tickte, meinte Angst. «Nämlich bodenständig, währschaft, erdig.» Quadranti kennt Dietikon vor allem vom Vorbeifahren, wenn sie mit dem Zug ins Bundeshaus nach Bern fährt, zudem lebt hier eine für sie wichtige Person. Neukom verwies darauf, dass sein Wohnort Winterthur wie Dietikon und Schlieren mit hohen Sozialkosten kämpfe, die kantonsweit besser verteilt werden müssten. Er machte aber auch einen Unterschied aus: «Wir in Winterthur würden uns freuen, wenn uns der Kanton ein Tram bezahlen würde.»

Für Fehr, die ebenfalls aus Winterthur stammt, bildet die S12 den Bezug ins Limmattal - diese verbinde die beiden wichtigsten Städte im Kanton, Winterthur und Dietikon, sagte sie lachend. Auf die Frage von Moderator David Egger, dem Chefredaktor der Limmattaler Zeitung, was sie als einzige Bisherige auf dem Podium den drei neuen Kandidaten rate, meinte sie nur: «Sich wählen lassen.» Denn die Aufgabe, die einem als Regierungsrat anvertraut werde, sei unglaublich faszinierend.

Die Regierungswahlen finden am 24. März statt. Neben den am Podium anwesenden Kandidaten bewerben sich auch Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP), Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, neu), Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP), Kantonsrat Thomas Vogel (FDP, neu), Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) und Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) sowie neu die Kantonsräte Hans Egli (EDU), Hanspeter Hugentobler (EVP) und Jörg Mäder (GLP).